

**9. April 1968: Information des stellv. Vorsitzenden des KGB, N. S. Zacharov, an das ZK der KPdSU über eine Besprechung leitender Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes zum Entwurf der neuen Verfassung der DDR, zur „Hallstein-Doktrin“ und zu Beziehungen BRD - DDR\***

Streng geheim

Anfang Februar d. J. fand eine Konferenz der leitenden Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes der BRD statt, auf der u. a. Fragen zum Entwurf der neuen Verfassung der DDR, zur „Hallstein-Doktrin“ und zu den Beziehungen zwischen der BRD und der DDR diskutiert wurden.

Während der Erörterung des Entwurfs der neuen Verfassung der DDR wiesen die Konferenzteilnehmer auf folgende Punkte hin: Die neue Verfassung wurde notwendig besonders angesichts der Schwierigkeiten, auf die die SED im Zusammenhang mit den Erklärungen der westdeutschen Regierung über ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit der DDR stoße, sowie angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der sozialistischen Länder Osteuropas über die Ablehnung eines Dialogs mit der BRD durch das SED-Regime. Die DDR-Führer bräuchten dringend Maßnahmen zur Konsolidierung der innenpolitischen Lage und zur Stärkung der außenpolitischen Position des Landes.

Ein „geschicktes Manöver“ seitens der DDR-Führung stelle die Hervorhebung der Leistungen jedes einzelnen Menschen dar, was es der SED erlaube, auch einen Personenkreis in der DDR anzusprechen, der das dortige Regime ablehne.

Mit der Behauptung, die BRD strebe eine Hegemonie in Westeuropa an, wolle die DDR „einen Keil in die westliche Union treiben“ und die BRD isolieren. Während die Regierung in Bonn schrittweise ihre alten Positionen verlasse, stelle die DDR neue Forderungen. Das Ziel der neuen Verfassung der DDR bestehe darin, in noch größerem Maße all dies zu begrenzen, was die beiden Teile Deutschlands noch vereine, und in den Vordergrund zu stellen, was sie spalte. Das Offenlassen der Berlin-Frage im Entwurf der neuen Verfassung der DDR zeuge insgesamt von der Absicht der Sowjetunion, „den Viermächtestatus Westberlins neu zu beleben“. Das Auswärtige Amt der BRD habe nun zu überlegen, wie darauf zu reagieren sei.

Zur „Hallstein-Doktrin“ äußerten sich die Teilnehmer der Konferenz folgend: Meldungen der ausländischen Presse, wonach diese Doktrin aufgegeben würde, entsprächen nicht der Wahrheit. Es sei nicht ausgeschlossen, dass in nächster Zeit die Länder der „Dritten Welt“ ihre Beziehung zur BRD überdenken, auch im Zusammenhang mit der Aktivierung der Tätigkeit der NPD, die die internationalen Positionen der BRD untergrabe. Eine solche Entwicklung der Ereignisse müsse unbedingt verhindert werden. Gegenwärtig könne sich die „Große Koalition“ der BRD auf gar keinen Fall von der „Hallstein-Doktrin“ lossagen. Nur unter großen Anstrengungen könne erreicht werden, dass andere Länder der Interpretation der „Hallstein-Doktrin“, die sich an die aktuellen Bedingungen anpasse, Verständnis entgegenbringen. Die „Hallstein-Doktrin“ sehe vor, keine „doktrinäre“, sondern eine „pragmatische“ Politik zu betreiben, dennoch bedeute das nicht, dass die Reaktion der BRD auf ihre Nichteinhaltung künftig weniger energisch sein werde.

Bei der Konferenz wurde über die Veröffentlichung einer Werbeanzeige der holländischen Fluggesellschaft „KLM“ in der kanadischen Presse diskutiert, die für Flüge in die DDR werbe. Nach Meinung der Konferenzteilnehmer beträfen derartige Schritte direkt die gesamte Politik der BRD in der Deutschen Frage. In Zusammenhang damit wurde die Frage gestellt, ob Reisen von Westdeutschen und Ausländern in die DDR politisch wünschenswert seien.

---

\* RGANI, F. 5, op. 60, d. 481, S. 35–37. – Briefbogen: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 9. April 1968, Nr. 779-3, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 09467, 9. April 1968, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-s/7.“ Hs. verfügt: „Ins Archiv, dauerhaft, [Unterschrift unleserlich], 30. April 1968. 25-s/7.“ Hs. vermerkt: „Hinweis auf der Rückseite.“

Die westdeutsche Regierung, so wurde auf der Konferenz betont, sei bereit für das Ziel der Wiederherstellung der Freizügigkeit des Reisens auf dem Territorium ganz Deutschlands große Opfer zu bringen. Dennoch sei es notwendig die Frage eingehend zu erörtern, welchen politischen Nutzen die BRD für sich selbst daraus ziehen könne, dass ausländische Flugzeuge nach Ostberlin fliegen, weil diese Flüge zweifellos zur Erhöhung der internationalen Autorität der DDR beitragen würden. Entscheidend sei dabei nicht die Tatsache der Flüge ausländischer Flugzeuge nach Ostberlin an sich, sondern vielmehr die Gefahr der „Austrocknung“ Westberlins. Der Besuch von Ausländern in der DDR wäre zweifellos nützlich, weil auf diesem Wege „ein bisschen Luft aus der freien Welt nach Ostberlin kommt“. Dennoch werde dies unausweichlich zu einer weiteren „Eskalation“ in der Frage der Anerkennung der DDR beitragen.

Dem Außenministerium der UdSSR zur Kenntnis gebracht.

Der stellv. Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

N. Zacharov<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Hs. unterzeichnet.